

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortl. Redakteur: Dresden
Bismarck-Str. 10
Telefon-Nr. 20011
Schreibweise u. Druckerei: Dresden
Bismarck-Str. 10

Bezugspreis vom 1. 10. 28. Februar 1930 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 RM.
Wochensatzpreis für Monat Februar 5.40 RM. einl. 96 Wg. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr).
Einzelnummer 10 Wg., außerhalb Deutschlands 15 Wg. Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach
Wochensatz berechnet: die einseitige 30 mm breite Seite 30 Wg., für auswärts 40 Wg. Familien-
anzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Wg., anhrts 25 Wg., die 90 mm breite Reklameseite
300 Wg., außerhalb 250 Wg. C/Erweiterung 30 Wg. Kundenkartei-Kaufpreis gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Steich & Reichelt,
Dresden, Bismarck-Str. 10
Nachdruck nur mit beut. Quellenangabe
(Dresdn. Nachr.) zulässig. Unveränderte
Schriftgröße werden nicht aufbewahrt

Limbäcker
Johann-Georgen-Allee 8 Fernspr. 13777
Anerkannt gute preiswerte
Weine und Küche

KONDITOREI
Limberg
Prager Straße 10
Delikate
Pfannkuchen
mit diversen Füllungen
Teegebäck in großer Auswahl

THÜRMER-FLUGEL-PIANOS
Kunstspielplanos
seit 1834 bestbewährtes Qualitätsfabrikat
Meißen i. Sa. Martinstr. 12 Bautzen i. Sa. Seminarstr. 8

Für 400 Millionen neue Steuern

Das Sowjetmärchen

Die Väter des Youngplans, im Innersten wohl wissend, daß die Tributforderungen nur aus Ausfuhrüberschüssen der deutschen Wirtschaft gezahlt werden könnten, und daß sich daraus Widersprüche zu den Ausfuhrinteressen der Gläubigermächte ergeben müssen, haben deshalb bereits in Erwägung gezogen, Deutschlands Tributverpflichtungen in die Richtung des „Ausbaus unentwickelter Länder“ zu lenken. Sie haben vielleicht an den kolonialen Ausbau ihrer eigenen Kolonien und Einflußsphären gedacht, Pläne, die natürlich durchaus nicht im Interesse Deutschlands gelegen sind. Warum sollten wir auch den Kolonialimperialismus unserer Gläubiger durch deutsche technische und organisatorische Fähigkeiten in Verbindung mit deutscher Arbeitskraft festigen? Wenn wir schon den Weg des „Ausbaus unentwickelter Länder“ zum Zwecke der Sicherung von Absatzmärkten beschreiten müssen, dann werden wir es aus eigener Verantwortung tun wollen und nicht als die Ohren der Tributstaaten. Das russische Reich mit seinen Mineralreichtümern und seinen ungenutzten Wirtschaftsmöglichkeiten böte zweifellos die günstigste Gelegenheit zu einer für beide Teile ersprießlichen Zusammenarbeit. Aber dem stehen gegenwärtig noch die allergrößten Hemmnisse entgegen, Hemmnisse allerdings, von denen angenommen werden darf, daß sie den Todesstoß bereits in sich tragen. Wir meinen den Bolschewismus. Solange er das Land beherrscht, kann von einer Zusammenarbeit, die beiden Seiten Nutzen bringt, nicht die Rede sein. Aber gerade deshalb ist für uns um unserer Zukunftsaussichten willen die genaue Kenntnis Rußlands und seiner politischen und sozialen Entwicklung wichtiger als die irgendeines anderen Landes. Völlig sich der Kommunismus dort eines Tages tot, so hinterläßt er zweifellos einen derartigen Trümmerhaufen, daß ein Wiederaufbau ohne den natürlichen industriellen Nachbarn Deutschland nicht möglich sein wird. Dann kommt zweifellos unsere große Stunde, nicht um Rußland in ein wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis zu bringen, sondern um mit ihm eine Gemeinschaft der Arbeitsteilung einzugehen, die beiden Völkern neue Zukunftsaussichten eröffnen soll. Bis dahin ist allerdings noch ein weiter Weg. Denn ein rasches Ende der bolschewistischen Herrschaft ist noch nicht abzusehen. Immerhin ist der Bolschewismus in ein neues Stadium seiner Herrschaft eingetreten, dessen Ziel die endgültige Durchsetzung der marxistischen Wirtschaftstheorie ist. Es verdient unsere gespannteste Aufmerksamkeit um so mehr, als an einem gänzlich neuen Beispiel der Praxis in den nächsten Jahren nachgewiesen werden muß, ob die sozialistische Wirtschaftsform der individualistisch-kapitalistischen überlegen ist oder nicht. Der Ausgang dieses Wirtschaftsexperimentes muß avansläufig über das Schicksal aller sozialistischen und kommunistischen Völkern in sämtlichen Kulturstaaten entscheiden. Das bolschewistische Wirtschaftsexperiment beginnt sich jetzt erst auszuwirken. Lenin hatte ja nur einen kleinen Teil der russischen Wirtschaft verstaatlicht, die Industrie. Derjenige Teil, auf dem Rußlands Kraft ruht, die Landwirtschaft, blieb in seinem privatwirtschaftlichen Charakter unangefastet. Durch die Aufteilung der Güter des Adels hatte sich Lenin zunächst sogar die Bauern zu Freunden gemacht. Das wurde anders, als sein Nachfolger, Stalin, sich entschloß, Schritt für Schritt in Stadt und Land die Kollektivierung zu erzwingen. Auf dem Lande begann der Kampf gegen den Autarken Bauern, der Gelde besitzend, also nach marxistischer Ideologie Ausbeuter ist. Die Art dieses Kampfes mit der Forderung auf höhere Getreideabgaben, als überhaupt geerntet wurden, ist aus den Schilderungen der geliebtesten deutsch-russischen Bauern hinreichend bekannt. Als Gegengewicht gegen die bäuerliche Privatwirtschaft wurden die riesigen „Getreidefabriken“ gegründet, die in genossenschaftlichem Betriebe unter Aufsichtnahme technischer Disziplin die Einzelwirtschaft verdrängen sollten. Ihr Erfolg hängt, wie der jedes sozialisierten Betriebes, davon ab, ob das höchste private Verantwortlichkeit, geboren aus der Schicksalsverbundenheit eines Menschen mit der Rentabilität seines Betriebes, nicht zu allgemeiner Gleichgültigkeit und Arbeitslosigkeit der Mitarbeiter einer solchen Getreidefabrik führen muß. Und in der Tat kämpfen nicht nur in der verstaatlichten Landwirtschaft, sondern auch in der Industrie die Sowjets vergeblich gegen die ständig sinkende Arbeitsmoral und Arbeitsintensität. Das Gegenmittel erblickt die Regierung in der technischen Entwicklung des Landes. Mit geradezu kindlicher Freude legen die Kommunisten all ihre Hoffnungen auf die Maschine. Sie soll in Landwirtschaft und Industrie herrschen und sie soll der kommunistischen Wirtschaft zum Triumph über die kapitalistische Wirtschaftsweise verhelfen. Sie ist der Götze, den der Sowjetmarxismus als Erlös der so blutig verfolgten Massen den Massen errichten möchte. Technisierung des ganzen Landes, das ist

Die Vorschläge des Reichsfinanzministers

Berlin, 26. Febr. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer hat heute keine Besprechungen über das Finanzprogramm abgebrochen. Mit dem gesamten Etatprogramm sowie Deckungsvorschlägen wird sich nunmehr, wie bereits angekündigt, das Kabinett am Donnerstag befassen. Das Reichskabinett tritt bereits um 10 Uhr vormittags zusammen.

Der Leipziger Waffenraub

30 Maschinengewehre, 170 Gewehre gestohlen
Leipzig, 27. Febr. Der gemeldete Einbruch in die Kaserne des Reichswehr-Infanterieregiments 11 in Leipzig-Gohlis hat doch einen größeren Umfang gehabt, als ursprünglich nach den Angaben der Behörden anzunehmen war. Wie jetzt Leipziger Blätter melden, sind annähernd 30 Maschinengewehre und 170 Infanteriegewehre entwendet worden.

Die Einzelheiten des Etatprogramms sowie die Deckungsvorschläge wird der Reichsfinanzminister zum ersten Male im Kabinett mitteilen. Auch die führenden Persönlichkeiten der Parteien sind bisher nur in groben Umrissen unterrichtet worden. Sofort nach dem Abschluß der Kabinettsberatungen wird der Reichsfinanzminister dann die Vertreter der Regierungsparteien eingehend unterrichten.

Gesamtetat mit etwa 11,1 Milliarden Mark balanciert.

(Im Vorjahre 10,2 Milliarden.) Von wichtigen Einzelteilen sei folgendes hervorgehoben: Der Etat des Reichswehrministeriums erfordert 701 Millionen (im Vorjahre 697 Millionen), der Etat des Reichsarbeitsministeriums 1249 Millionen, von denen der Reichsfinanzminister aber nur 1191 Millionen bewilligt hat. In der morgigen Kabinettsitzung werden die Abträge des Reichsfinanzministers an diesem Etat noch zu einigen Ausänderungen führen. Das auswärtige Amt hat 64,4 Millionen gegen 60 Millionen im vorigen Jahre angefordert. Für das Reichsinnenministerium sind wie im Vorjahre wieder 46 Millionen Mark vorgesehnen, für das Reichsministerium für die besetzten Gebiete 20,2 Millionen gegen 20,7 Millionen im letzten Jahre. Hinzu kommt hier noch die Sonderausgabe für das sogenannte Ost- und Westprogramm mit je 20 Millionen. Das Reichswirtschaftsministerium soll 20,8 Millionen Mark gegenüber 24,7 Millionen erhalten, das Reichsverkehrsministerium 172,4 Millionen gegenüber 185 Millionen. An Ruhegehältern steht der neue Etat 1770 Millionen gegenüber 1744 Millionen des letzten Jahres vor. Für Kriegslasten verzeichnet der Etat die Summe von 1468 Millionen Mark, im letzten Jahre 1492 Mark; die Senkung beruht auf dem Uebergang zum Youngplan.

Ueber die Steuerumlagen, die der Reichsfinanzminister in seinen Deckungsvorschlägen angeben wird, verlauten folgende Zahlen:

Erhöhung der Biersteuer	240 Millionen
Kaffee, Tee	60 „
Mineralwasser	35 „
Benzin	65 „

Da diese Mehreinnahmen aus Steuern und Zollerhöhungen noch immer nicht ausreichen, sollen durch die Verwerfung von Zahlungsterminen bei bestimmten Abgaben im nächsten Steuerjahr 100 Millionen mehr eingebracht werden. Von den gesamten Mehreinnahmen sollen

200 Millionen dem Reiche zugeführt werden, der übrige Betrag von etwa 150 Millionen anteilig den Ländern zugunsten kommen. Die Arbeitslosenversicherung ist dabei bei außer Betracht gelassen. Hier ist Dr. Moldenhauer zu seinem ursprünglichen Vorschlag zurückgekehrt, 150 Millionen in Vorkursaktien der Reichsbahn zur Verfügung zu stellen, die weiteren 100 Millionen sollen „eingespart“ werden, entweder durch Erhöhung der Beiträge oder durch Verringerung der Leistungen.

Wenn nun die Steuern und Zölle schon im allgemeinen keine große Gegenliebe bei den beteiligten Kreisen finden, so gilt das in ganz besonderer Maße von der geplanten Benzinsteuern. Wie es heißt, ist in der Vorlage des Reichsfinanzministeriums noch nicht von einer Benzinsteuern, sondern von einem Benzinzoll die Rede, der, wie angegeben, rund 65 Millionen Mark pro Jahr einbringen soll, wovon zwei Drittel den Ländern zugute kommen sollen. Es heißt allerdings, daß dieser Zoll nur der Vorkäufer einer Benzinsteuern sei, die ganz oder teilweise an die Stelle der bisherigen Kraftfahrzeugsteuer treten soll.

Jedenfalls haben die Meldungen auf Einführung einer Benzinsteuern bei den beteiligten Kreisen ziemlich starke Verunsicherung ausgelöst.

In den Reihen der Automobilverbände stößt der Gedanke einer Benzinsteuern entschieden auf starke Ablehnung, falls nicht als Äquivalent die jetzt bestehende Kraftfahrzeugsteuer in fühlbarem Maße abgebaut wird. Da die neue Steuerart, die bekanntlich in Amerika zur Erhebung kommt, die Mittel zur Deckung des Reichsdefizits erzeugen soll und die Mittel aus der Kraftfahrzeugsteuer bekanntlich zur Finanzierung des Straßenbaues benutzt werden, befürchtet man, daß eine neue schwere Belastung dem gesamten Automobilsismus zugemutet werden soll, was sich natürlich auf Handel und Industrie in sehr empfindlichem Maße auswirken würde. Man war allerdings schon seit längerer Zeit darauf gefaßt, daß nach dem amerikanischen Beispiel auch in Deutschland eine Benzinsteuern eingeführt werden würde; man hatte aber stets gedacht, daß diese Steuerart nur die bisherige Pauschalsteuer, die nach der Motorstärke erhoben wird, ablösen würde. Nach dem, was bisher über die Höhe der Benzinsteuern verlautet, würde der Betriebsstoff um etwa 20 %, also nicht unbeträchtlich, verteuert werden.

Die Mineralwassersteuer soll ganz den Ländern zugute kommen. In der morgigen Kabinettsitzung wird es nun zunächst darauf ankommen, daß innerhalb des Kabinetts selbst erst einmal eine einheitliche Linie hergestellt wird. Bei den großen Gegensätzen, die zwischen den Regierungsparteien bestehen, wird das nicht so ganz leicht sein. Im übrigen heißt es noch, daß Dr. Moldenhauer in die Etatsgesetze die Zustimmung, hingegeben werden will, daß innerhalb der nächsten drei Jahre vom Reichstag keine Ausgabe bewilligt werden dürfe, für die nicht gleichzeitig die Deckung durch eine neue Einnahme geschaffen wird.

Ferner verlautet, daß Dr. Moldenhauer gleichzeitig ein Steuerentlastungsprogramm entwickeln will, das im Jahre 1931 wirksam werden und in mehreren Jahren durchgeführt werden soll. Hand in Hand mit der Steuerentlastung soll nach einem vorher bestimmten Plan eine Ausgabensenkung erfolgen. Man vermutet, daß Dr. Moldenhauer auf diese Weise die Widerstände zu beheben hofft, die von seiner eigenen Partei ausgehen und die sich bekanntlich geltend machen ausgesprochen hat, daß der Gedanke einer Steuerentlastung nicht begraben werden dürfe.

das Mittel für das von Stalin aufgestellte Ziel, „die kapitalistischen Länder des Westens binnen fünf Jahren einzuholen und zu überholen“, ja sogar das amerikanische Wirtschaftswunder zu besiegen, ist noch einem zweiten Zwecke soll der technische Ausbau des Landes dienen, den sinkenden revolutionären Flan des russischen Volkes neu zu erwecken, damit — wie es in der kommunistischen Phrasenologie schon heißt — „ob dieses glorreichen Wunders das Völkertum im Ausland in ohnmächtiger Wut und mit vor Staunen aufgerissenen Mund“ sieht, was ein Proletariatsvolk zu leisten vermag. Bezweckung ist dies russische Wirtschaftsmärchen in dem sogenannten „Fünfjahresplan“ werden, eine schillernde Phantastie der russischen Bürokratie der Sowjetbürokratie. Jedes Land der Welt soll an Volkvermögen übertroffen werden. Die Gütererzeugung der Industrie soll in diesen fünf Jahren von 13 312 Millionen Rubel auf 49 108 Millionen gesteigert werden und die Landwirtschaft hat ihre Erzeugung von 16 650 Millionen auf 26 806 Millionen zu heben. So sollen aber

nur die Kapitalien hergenommen werden, ohne die auch in Sowjetrußland die geplanten technischen Neuanlagen nicht geschaffen werden können? Stalin und seine Helfer haben sich die Sache sehr leicht gemacht. Die Kapitalien müssen sich einfach selbst erzeugen. Man rechnet damit, daß die Vermehrung der Produktionsanlagen zu Rationalisierungen in großem Ausmaße führen muß. Darauf sollten sich, wie im kapitalistischen Staat, verminderte Herstellungskosten und Preisentfaltungen ergeben. Die staatliche Wirtschaftspolitik will nun die Verbilligung der Produkte nicht allein den Konsumenten zugute kommen lassen, sondern einen Teil davon zur Finanzierung des Fünfjahresplanes verwenden. Die Statistiker haben genau ausgerechnet, daß die Preisentfaltung im Verlauf der Entwicklung 6 Prozent betragen müßte. Davon sollen nun dem Staate 15 Prozent für den Ausbau der Industrie zur Verfügung gestellt werden, während dem Verbraucher 20 Prozent für Preisverbilligung bewilligt werden. Auf diese Weise kommen die Rechenkünster der Sowjets zu dem Ergebnis,